

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/79

Bonn, den 26. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Bildung hüben und drüben</u> Eine Aufgabe für den Deutschen Bildungsrat Von Joachim Raffert MdB	57
3	<u>Bonn und Israel</u> Welche Zusagen hat Adenauer gegeben?	6
3	<u>Entscheidender Schritt</u> Übertritte zum DGB Von Friedrich Regitz, MdL	22
3a	<u>Eine lohnende Aufgabe</u> Vorbildliche und aktuelle Schulung spanischer Kollegen	41
4 - 5	<u>Lord Thompson und die rote Riviera</u> Oststaaten auf der Suche nach Westkrediten	51

+ + +

## Bildung hüben und drüben

Eine Aufgabe für den Deutschen Bildungsrat

Von Joachim Raffert, MdB

Der Austausch von Argumenten zwischen Deutschen in West und Ost hat mit den Offenen Briefen und Offenen Antworten von SED und SPD auf eine neue Weise begonnen. Wir dürfen hoffen, daß er bei den Veranstaltungen in Chemnitz und Hannover noch im Mai fortgesetzt wird.

### Gebrochenes Tabu

Mit der sozialdemokratischen Initiative, Ostberlin in der Bundesrepublik zum ersten Mal beim Wort zu nehmen, ist ein Tabu gebrochen worden. Zwar wird kein Gespräch miteinander geführt werden, falsch aber wäre es, einfach aneinander vorbei zu argumentieren. Die Sprecher aus der Bundesrepublik werden drüben nur verstanden und ernstgenommen, wenn sie klar machen können, daß sie nicht ins Blaue hinein reden, sondern wissen, wie die Lage im anderen Teil Deutschlands wirklich ist.

Bei Willy Brandt, Fritz Erler und Herbert Wehner brauchen wir nicht besorgt zu sein. Sie richten sich nicht nach abgenutzten, inhaltlichen Klischeeverstellungen. Sie machen keine Deutschlandpolitik im luftleeren Raum. Aber wissen wir alle genau genug, wie es heute zwischen Rostock und Wernigerode, zwischen Eisenach und Frankfurt/Oder aussieht? Verlassen wir uns nicht zu sehr auf bequeme und deshalb übliche Gemeinplätze, mit denen weder in Auseinandersetzungen mit Kommunisten noch in Gesprächen mit Nichtkommunisten aus Sachsen, Thüringen, Brandenburg oder Mecklenburg zu bestehen ist?

Diese Fragen muß sich jeder selbst stellen, und sie müssen an die Verantwortlichen in der Bundesrepublik gerichtet werden. Die Information über das Leben jenseits der Demarkationslinie in Büchern und Zeitungen, im Hörfunk und Fernsehen ist umfangreicher und teilweise zuverlässiger geworden. Nehmen wir sie aber auch ausreichend zur Kenntnis? Interessieren wir uns etwa genug für die Bewußtseinslage der jungen Deutschen im Machtbereich der SED? Treffen unsere Vorstellungen vom dem System zu, nach dem sie erzogen werden? Haben wir es mit unseren Methoden und Inhalten der Bildung in Schulen, in Betrieben, in Jugendorganisationen schon einmal exakt verglichen und mögliche, vielleicht

sogar notwendige Folgerungen aus einem solchen Vergleich überdacht?

Fragen dieser Art erfordern Antworten und Aktionen. Hier liegt eine Arbeit, die der neue, noch nicht mit selbst gestellten oder ihm angetragenen Aufgaben überlastete Deutsche Bildungsrat leisten könnte. Er müßte eine Synopse, also einen vollständigen und dennoch übersichtlichen Vergleich der Bildungsstrukturen in Ost und West voranlassen. Teiluntersuchungen liegen vor. Sie könnten genutzt, zusammengefaßt, ergänzt werden. Wahrscheinlich ist jedoch eine eigene grundlegende wissenschaftliche Anstrengung erforderlich. Es wird sich lohnen, sie zu unternehmen und sie mit der an diesem wichtigen Thema vielleicht zum ersten Mal zu erprobenden Autorität des Bildungsrates auszustatten. Allgemeine öffentliche Beachtung wäre ihr sicher.

Vom Deutschen Bildungsrat muß natürlich mehr erwartet werden als die bloße Beschreibung der Bildungssituation im geteilten Deutschland. Er wird möglichst bald eine Übersicht der gesamten soziologischen, politischen und ökonomischen Entwicklungen in der Bundesrepublik geben und daraus Trendprognosen für mehrere Jahre, vielleicht Jahrzehnte, ableiten müssen. Auf dieser Grundlage sollte er seine Vorschläge zum Auf- und Ausbau, zu Form und Inhalt unseres Bildungswesens entwickeln. Aber auch das könnte er nicht ungeachtet der Lage in Mitteld Deutschland tun. Die Synopse der Bildungsstrukturen wird ohnehin zeigen, wie weit wir uns schon voneinander entfernt haben.

#### Ohne Illusionen

Wir dürfen uns keine Illusionen machen. Der Wechsel von Briefen und Rednern über Mauer und Stacheldraht hinweg führt nicht zwangsläufig auf den Weg zur Wiedervereinigung. Die Entscheidung darüber fällt nicht nur zwischen den Deutschen. Aber die bei dieser Gelegenheit klar werdende Aufgabenstellung für den Bildungsrat ist nur ein Beispiel unter vielen. Der jetzt anhebende "Austausch von Argumenten" muß uns veranlassen, die Problemlage in beiden Teilen Deutschlands häufiger, differenzierter und damit genauer zu sehen und zu beachten. Das ist als eine der Voraussetzungen für eine praktische Wiedervereinigungspolitik nicht nur erwünscht, sondern schlicht unerlässlich.

## Bonn und Israel

### Welche Zusagen hat Adenauer gegeben ?

sp - Der bevorstehende Wiederbeginn der deutsch-israelischen Besprechungen über eine neue deutsche Kredithilfe steht unter keinem guten Vorzeichen. Die Verhandlungen sind überschattet von in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroversen zwischen Tel Aviv und Bonn. Anlaß dazu gab die vom israelischen Ministerpräsidenten Eshkol in einem Interview erwähnte Zusage Adenauers an Ben Gurion über eine nach Abschluß der Wiedergutmachung zu gewährende deutsche Kredithilfe von 500 Millionen Dollar, fällig in zwölf Jahresraten, von der bisher 40 Millionen Dollar eingegangen seien. Die von Eshkol zitierte und von der jetzigen Bundesregierung bestrittene Zusage erfolgte vor fünf Jahren im New Yorker Hotel Astoria. Es soll sogar darüber einen Briefwechsel geben, über den teilweise der frühere Leiter der Israel-Mission in der Bundesrepublik, Schinnar, verfüge. Bundeskanzler Erhard reagierte auf seiner Berliner Pressekonferenz recht ärgerlich auf Eshkols Erklärung, er stellte in Abrede, daß formelle und juristisch gültige Zusagen Adenauers an Ben Gurion bestehen. Behauptungen stehen also gegen Behauptungen. Das alles ist höchst unerfreulich, reiht zwischen beiden Völkern neue Wunden auf und erschwert die Normalisierung ihrer Beziehungen. Der deutsche Botschafter in Israel, Pauls, gab sich redliche Mühe, die aufsteigenden Vogen der Verbitterung zu dämpfen. Doch scheinen seine Wirkungsmöglichkeiten sehr begrenzt zu sein. Harte und schwere Verhandlungen stehen bevor. Doch wie steht es mit Adenauer? Er hat bisher zur ganzen Kontroverse geschwiegen. Hat er wirklich Ben Gurion verbindliche Zusagen gegeben oder Kredithilfe nur in Aussicht gestellt? Das Wort der Klärung liegt nun bei ihm. Sein Schweigen hat schon genug Schaden angerichtet.

### Entscheidender Schritt

#### Übertritte zum IGB

P.R. - Nach dem Beschluß, den die Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute am Sonntag faßte, gibt es an der Saar nur noch die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im IGB. 83,8 Prozent der Delegierten bekräftigten den seit Monaten in der Vorbereitung befindlichen Übertritt und beendeten damit das Nebeneinander zweier Gewerkschaften, das in der Vergangenheit in schwierigen Situationen oft die einheitliche und kraftvolle Interessenvertretung unserer Bergleute erschwert hatte. Bei der anhaltenden Krise im Bergbau, die auch in Zukunft alle Kraft für die Wahrung der sozialen und wirtschaftlichen Belange der im Bergbau Beschäftigten fordern wird, kann man diesen mutigen Schritt nur begrüßen und diejenigen, die ihn gegangen sind, dazu beglückwünschen.

Durch die gefällte Entscheidung ist, da die christlichen Bergleute an der Saar der bedeutendste Faktor im Bereich des Christlichen Gewerkschaftsbundes waren, nicht nur an der Saar, sondern in der ganzen Bundesrepublik ein entscheidender Schritt zur Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte im IGB getan worden. Es wird jetzt an der Voraussetzung liegen, die für die reibungslose Eingliederung der neuen IGB-Mitglieder geschaffen wurde, ob damit eine wesentliche Stärkung der Gewerkschaftsbewegung gefördert werden kann. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die in der Bundesrepublik noch zu lösen sind, kann man das nur wünschen.

## Eine lohnende Aufgabe

### Vorbildliche und aktuelle Schulung spanischer Kollegen

\* Wir lesen im GRUNDSTEIN, dem Zentralorgan der IG Bau-Stein- \*  
\* Erden: \*

In vielen Verwaltungsstellen werden in verstärktem Maße Schulungen unserer ausländischen Kollegen durchgeführt. So fand kürzlich auch in der Verwaltungsstelle Frankfurt erstmalig eine Schulung spanischer Gewerkschaftsfunktionäre statt. Grundlage der Schulung war die Erkenntnis, daß man nur in Zusammenarbeit mit Landsleuten bei den spanischen Arbeitnehmern echte Gewerkschaftsarbeit leisten kann. Während der Schulung wurde zuerst einmal der Aufbau der Organisation, die Satzung und hier insbesondere der Paragraph 2 behandelt und dargelegt, daß für eine freie Gewerkschaftsbewegung ein freier Staat Voraussetzung ist und daß die Aufgaben einer Gewerkschaft in diesem Staat von der Lohn- und Tarifpolitik über die Sozialpolitik bis hin zur Gesellschaftspolitik reichen.

Daß sich in diesem großen Spannungsfeld die Einheitsgewerkschaft als die geeignetere erwiesen hat, wurde den Teilnehmern der Schulung bald klar. Sie zogen Vergleiche mit der Situation in Spanien vor dem politischen Umsturz. Eine starke Gewerkschaftsbewegung hätte möglicherweise den demokratischen Staat erhalten können.

Die Politik unserer Organisation wurde an diesem Wochenende besonders behandelt und dargelegt, daß wir als IG Bau-Stein-Erden Wege suchen, die den arbeitenden Menschen mitten hinein in das demokratische Staatswesen stellen und ihn zur Mitarbeit an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft verpflichten.

Die Frage, warum Werbung und Aufklärung, beantwortete sich hier von selbst. Die teilnehmenden Kollegen hatten viele Fragen, die sowohl die allgemeine Situation als auch die Lohn- und Tarifpolitik betrafen. Einige neue Erkenntnisse konnten sie dazugewinnen. Vieles wird noch aufzuklären sein. Die Zusammenhänge zwischen Tarifverträgen und Gesetzen wird von den spanischen Arbeitskollegen oft gar nicht erkannt.

Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit festgestellt, weitere Schulungen und Veranstaltungen für spanische Arbeitskollegen aus dem Baugewerbe zu veranstalten. Alle Teilnehmer waren bereit, als Funktionäre für ihre Landsleute in der IG Bau-Stein-Erden tätig zu sein. Sie wollen, daß der Arbeitsplatz und die Arbeitsbedingungen, die die deutschen Kollegen in der Vergangenheit ausgehandelt haben und die für die Zukunft noch errungen werden, nicht nur von ihren Landsleuten in Anspruch genommen werden, sondern daß der IG Bau-Stein-Erden auch von dieser Seite her volle Unterstützung zukommen soll. Sie wollen sich bemühen, unserer Gewerkschaft bei dieser Aufgabe zu helfen und haben es alle als ein lohnendes Ziel bezeichnet, eine große aktive spanische Gewerkschaftsgruppe im Raume Frankfurt aufzubauen.

\* \* \*

## Lord Thompson und die rote Riviera

### Oststaaten auf der Suche nach Westkrediten

H.P.R. - Als der britische Zeitungslord Thompson zuletzt Bulgarien besuchte, machte ihm kein anderer als der Partei- und Regierungschef Todor Schiwkoff einen sehr überraschenden Vorschlag: Thompson solle im Austausch gegen einen Uferstreifen entlang der bulgarischen Schwarzmeerküste ein Hotel und ein Restaurant für den bulgarischen Tourismus bauen. Die bulgarische Regierung werde ihm sowohl für das investierte Kapital als auch für den Gewinn garantieren, und der Lord solle sogar die Möglichkeit haben, die volle Aufsicht über dieses Unternehmen zu führen..

Mit diesem Angebot schloß sich auch der Sowjetunion treuester Satellit einem Werbereigen an, der ursprünglich von den handeltüchtigeren Rumänen angeführt wurde. Der Text zur Melodie heißt: Wir bauen den Kommunismus mit kapitalistischem Gold.

Merkwürdigerweise war es ein anderer westlicher Zeitungsmagnat, der auf diese Fährte stieß - William Randolph Hearst junior. In einem Gespräch mit dem damaligen rumänischen Planungschef Gabor Marin wurde dem Mann vom "New York Journal-American" unter anderem folgendes eröffnet:

- \* "Wir verfügen über alle Rohmaterialien und über billigere Arbeitskraft als Westeuropa. Nehmen wir einmal an, Ford und General Motors kämen hierher. Sie sollen ihre Maschinen schicken, und wir werden ihre Fabriken bauen. Jeder amerikanische Erzeuger wäre willkommen. Unsere Arbeiter sind geschickt. Zusammen könnten wir Maschinen, Chemikalien, Textilien, Lebensmittel, Schuhe, fast alles produzieren. Zusammen könnten wir einen großen Drittmarkt unter den aufsteigenden neuen Nationen finden; Gewinne - natürlich gäbe es Gewinne -, und zwar in Dollar bezahlt."

Ein halbes Jahr später, im Mai 1965, erklärten sich auf der Internationalen Budapester Messe auch die Ungarn. In diesem Falle war es der Vorsitzende der Ungarischen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, Professor Imre Vajda, der vorschlug, man solle gemeinsame Aktiengesellschaften einrichten, an denen die westlichen

Partner mit 49 Prozent beteiligt werden sollten. Und genau zwei Monate später nahm der polnische Außenhandelsminister Witold Trempczyk auf einer Plenarsitzung der "Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" die Gelegenheit beim Schopf, um unter dem Beifall der Mehrheit das zu fordern, was am 21. Februar 1965 noch vom Parteiorgan "Trybuna Ludu" als unreal bezeichnet worden war und was man "überhaupt nicht in Betracht ziehen" konnte: Gemischte Kapitalgesellschaften von polnischen und ausländischen Firmen, die sich auf Verträge von 10 bis 20 Jahren Laufzeit stützen könnten.

Festzustellen bleibt zunächst, daß die osteuropäischen Regierungen in ihren diesbezüglichen Vorschlägen recht differenzierte Ansichten vertreten: In der Regel sieht es so aus, als ob die Kontrolle und vielleicht auch die Aktienmehrheit bei den Kommunisten verbleiben sollte. Wenn dieses der Rahmen der gegenwärtigen kommunistischen Vorstellungen von einer Aufnahme westlichen Kapitals ist, dann handelt es sich um nicht mehr als um einen erneuten Versuch, langfristige Kredite zu erhalten. Man kann kaum einschätzen, welchen Unterschied dann zwischen einer sogenannten gemischten Gesellschaft und etwa jener ungarischen Kunststoff-Fabrik in Tiszaszederkeny bestehen sollte, die mit 9,6 Millionen Dollar britischen Kapitals (Laufzeit: 13 Jahre, Zinssatz: 5,5 Prozent) in Betrieb gesetzt worden ist.

Man sollte sich also vorläufig Illusionen über eine "Re-Kapitalisierung" Osteuropas aus dem Kopfe schlagen und sich vielmehr darauf beschränken, ganz nüchtern die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen der Vergabe von Krediten an Osteuropa und der Aufnahme einer industriellen Koproduktion zu erwägen. Weitmas realer als alle Träume von Westkapital in Osteuropa sind zum Beispiel solche Vorstellungen, wie sie der VW-Direktor Nordhoff einmal in Posen entwickelte: Polnische Unternehmen sollten VW-Werkzeugtaschen aus Kunststoff produzieren - die billig hergestellte Ware würde dann mit VW-Ersatzteilen bezahlt. Die Ersatzteillager könnten dann zu Service-Stationen ausgebaut werden, und wenn erst einmal der VW-Export nach Polen in Gang käme, könnten diese als wichtige Verkaufsstützpunkte dienen.

\* + \*